

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochenheftlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 M.;
bei direkter Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Bezirks-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Verbands-Zentrale)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 45.

Berlin, Sonnabend, 8. Juni 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein merkwürdiger Sozialdemokrat. — Die Fabrik-
inspektoren und die Arbeiter. — Der Jahresbericht des
Verbands der Deutschen Kaufleute. — Allgemeine Rundschau.
— Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Ein merkwürdiger Sozialdemokrat.

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete für Bittau,
Edmund Fischer, hat in den „Sozialistischen Monats-
heften“ einen Artikel über: „Sozialdemokratische
Mittelhandpolitik“ veröffentlicht, mit dem er das
Marxistische Lehrgebäude vom Sozialismus über den
Hauten wirft. Der Aufsatz hat viel Aufsehen erregt,
wogegen nicht wenig beigetragen hat die „unentwegt
zielbewußte“ „Veitinger Volkszeitung“, die den Ver-
fasser zwar nicht widerlegte, ihn aber lächerlich zu
machen suchte. Dadurch werden die Wahrheiten in
Fischers Artikel natürlich nicht aus der Welt geschafft.
Fischer ist allerdings ein merkwürdiger Sozialdemokrat
geworden. Er hat sich vollkommen umgekehrt. Aus
einem Sozialisten wurde ein Individualist.
Was er vertritt, ist nicht mehr Sozialismus, sondern
demokratischer Liberalismus mit einem kleinen man-
chesterlichen Einschlag.

Das Fundament der sozialistischen Lehre ist auf-
gebaut auf der Verleumdung und Katastrophen-
Theorie, daß immer größere Massen des Volkes ins
Proletariat geschleudert, das Gend immer größer,
wenigstens relativ größer werde, der Mittelstand
wellig verschwinde, und schließlich, in gar nicht ferne
Zeit, der Zustand eintrete, daß nur noch verhältniß-
mäßig wenige große Besitzer von Produktionsmitteln
einem ungeheuren Proletariat gegenüberstehen. Diese
bisher in der Sozialdemokratie vorherrschende An-
schauung bezeichnet Fischer mit Recht als eine irrige,
die sich nicht mehr habe aufrecht erhalten lassen.
Schritt für Schritt zurückweichend, habe man sie
schließlich preisgeben müssen. Die verhängnisvollsten Ver-
leumdungen hätten dies zwar bis zum heutigen Tage
noch nicht offen zugegeben. Sie maskierten ihren
Rückzug durch allerhand Verlautbarungen. Aber die
Tatsache stehe fest, daß diese Anschauung den Weg
der Überleitung gegangen sei und in der Partei
keine offene Vertretung mehr finde. Allerdings scheue
man sich noch, die Konsequenzen aus dieser veränderten
Situation zu ziehen.

Schröffer, als hier gelehrt, konnte dem So-
zialismus der Boden unter den Füßen nicht fortge-
zogen werden.

Fischer setzt dann auseinander, wie in der Land-
wirtschaft der Kleinbetrieb sich befestigt und das viel-
gestaltige gewerbliche Leben immer neue selbständige
Krisenformen schafft, wie sich ferner ein neuer, aus
dem Proletariat aufsteigender Mittelstand
gebildet habe. Diese bereits nach Millionen zählende
Schicht stelle wirtschaftlich, sozial und politisch einen
großen Machtfaktor dar, welcher sich den wirtschaftlich
gleichmachenden Tendenzen der Arbeiterbewegung ent-
gegenstemme und sich immer mehr von ihr entferne.
Fischer will, daß sich seine Partei auch des Mittel-
standes annehme und den intelligenten Arbeitern
helfe, in die Schicht hinaufzusteigen. Es müßten
Maßregeln beschaffen werden, welche den
Arbeitern solches Emporkommen erleichtern
oder ermöglichenden helfen. Das sei allerdings
keine Politik für die Arbeiter als Klasse, sondern
als Individualismus. Die individuellen Ver-
sicherungsleistungen der Menschen müßten aner-
kannt werden.

Der Verfasser verzicht vollkommen, daß die An-
erkennung dieser natürlichen Verschiedenheiten der
Menschen dem Sozialismus den Todesstoß versetzen
würde. Der marxistische Sozialismus hält alle Menschen
für ökonomisch gleichwertig und will sie daher auch im
materiellen Besitz gleichwertig machen. Im Gegensatz
zum Sozialismus fordert aber Fischer die Wertung
der Menschen nach ihrer Tüchtigkeit und ver-

langt, daß der tüchtige Mensch, der Tüchtiges
leisten kann, auch ein höheres wirtschaft-
liches Niveau aufsteigen müsse. Der Tüchtige
und Leistungsfähige wolle für seine größere Geschie-
lichkeit, für seine höhere Leistung ein Äquivalent
haben, besonders ein materielles. Und dann folgt der
klassische Satz:

„Die Menschen kann man in dieser Hinsicht nicht
ändern, man muß mit ihren Naturen rechnen, auch
für die Zukunft. Der Sozialismus kann daher nicht
die völlige wirtschaftliche Gleichstellung aller Individuen
erstreben wollen.“ Und darum verlangt Fischer die
Anerkennung und Förderung des Strebens
des Einzelmenschen.

Das ist der demokratische Liberalismus, wie er
im Buch steht!

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch andere
Sozialisten bereits so denken, wie Edmund Fischer,
nur haben nicht alle die Courage, offen auszusprechen,
daß der Glaube an die Herrlichkeit des Sozialismus,
der alle Menschen glücklich machen wolle, ein schwerer
Irrtum war.

Wie gewaltig aber könnte die deutsche Arbeiter-
schaft wirken, wenn sie, frei vom Narne des So-
zialismus, mit allen auf den geistigen und wirtschaft-
lichen Fortschritt bedachten Männern Schulter an
Schulter kämpfen wollten. Eine so einseitige und
dadurch machtvolle Bewegung würde niemand daran
hindern, sich an dem Glauben zu irren, daß die
ökonomische Entwicklung in den Sozialismus hinein-
wache. Wenn dieser Glaube ein Vergnügen macht,
soß damit fertig werden. Keineswegs aber rech-
fertigt er die einseitige Klassenpolitische Be-
wegung, wie sie durch die Sozialdemokratie
auf Grund falscher Theorien herbeigeführt
worden ist.

Und wohl gemerkt: Der dogmatische Standpunkt
des Klassenkampfes ist heute noch das bisher unüber-
windlich gewesene Hindernis für eine volle Ein-
heitlichkeit der Arbeiterbewegung. Darum müssen wir
Gewerkevereine dieses Dogma bekämpfen und gern
akzeptieren wir es, wenn uns Sozialdemokraten, so
wie Edmund Fischer es getan, dabei hilfreiche Hand
leisten. Erst dann werden sich alle Arbeiter
auf dem Boden der Gewerkevereine zusammen-
finden können, wenn die Sozialdemokratie
als ein überwundener Irrtum angesehen
werden kann.

In der gewerkschaftlichen Bewegung muß die Be-
wertung des Klassenkampfes auch bald seinen Höhe-
punkt überschritten haben, denn auch hier erkennt
Fischer bedingungslos an, daß „das zweischneidige
Schwert des Streiks in nicht allzulanger Zeit in der
Schelde der Tarifverträge und der Arbeits-
ämter seinen Platz finde, um nur in seltenen Fällen
gezogen zu werden.“ So mächtig ist der Gewer-
kevereinsgedanke, daß auch führende Sozialdemokraten
seine Wahrheit anerkennen und sich ihm beugen
müssen.

K. G.

Die Fabrikinspektoren und die Arbeiter.

Es ist eine bedauerliche, leider aber nicht weg-
zuleugnende Tatsache, daß die an und für sich gewiß
sehr segensreiche Institution der Gewerbeaufsicht sich
des Vertrauens der Arbeiter, nicht in dem Maße
erfreut, wie es zu wünschen wäre. Mängel in dem
System, auf deren Beseitigung die Deutschen Gewer-
kevereine seit ihrem Bestehen hinarbeiten, tragen
wenigstens einen Teil der Schuld daran. Dennoch
ist es höchst befremdlich, daß das von den Arbeitern
gehobte Vorurteil durchaus nicht schwinden will, ob-
gleich eine recht sinnliche Zahl der Beamten auf-
richtig befreit ist, durch Rat und Tat Vertrauen zu
erwecken.

Die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten be-
steht in erster Linie darin, die in ihrem Bezirke
liegenden Betriebe zu revidieren und auf die Be-
seitigung von etwa vorhandenen Mängeln hinzu-

wirken. Die Zahl der Revisionen ist in Preußen
im allgemeinen im Steigen begriffen. Es ist aber
auch im Jahre 1906 bei weitem nicht möglich ge-
wesen, alle Betriebe wenigstens einmal zu besichtigen,
ein Beweis für die unzulängliche Zahl der Beamten.
Dann aber sollen die Fabrikinspektoren auch Be-
schwerden entgegennehmen und Auskunft in gewer-
lichen Angelegenheiten erteilen. Ersteres scheint uns
ganz besonders wichtig, da bei einer ständigen Revi-
sion nicht alle Mängel entdeckt werden können.
Da muß den Arbeitern Gelegenheit geboten werden,
die Beamten auch außerhalb des Betriebes auf vor-
handene Mängel aufmerksam zu machen. Man sollte
meinen, daß von diesem Rechte ein recht ausgiebiger
Gebrauch gemacht wird. Weit gefehlt! Die Zahl
der Arbeiter, welche diesbezüglich sich an die Fabrik-
inspektoren wendeten, ist eine verschwindend kleine, viel
kleiner als die der Unternehmer, welche die Beamten
aufsuchten.

Allerdings gilt der Wunsch der Unternehmer
anderen Zwecken. Meist handelt es sich um Kon-
zessions-, Bau-, Anstellangelegenheiten, Herstellung von
Schutzvorrichtungen, Besuche um Bewilligung von
Sonntagsarbeit oder Ueberstunden für Arbeiterinnen,
Anfragen über das Rinderdüngegesetz u. dergl. mehr.
Die Arbeiter, wie gesagt, nehmen die Hilfe der Be-
amten in Anspruch, um Betriebsmängel abzustellen,
aber häufig verfolgen sie auch andere Zwecke. Bei
Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis einzelner,
bei Lohnunterschieden der gesamten Arbeiterschaft, beim
Abbruch von Tarifverträgen werden die Beamten
angegangen, leider aber nur in geringem Maße.
An vielen Orten ist sogar im Vergleich zu früheren
Jahren ein erheblicher Rückgang in der Zahl der
Besucher aus Arbeiterkreisen zu verzeichnen. Eine
Erklärung dafür sucht der Gewerbeverein in Verbesse-
rung zu geben. Er führt die Abnahme der Arbeiterzahl
auf den starken Aufschwung der Industrie und auf
den fast überall herrschenden Arbeitermangel zurück,
„woburh plötzliche Entlassungen und Lohnver-
treibungen, die besonders häufig Veranlassung zu geben
pflegen, den Rat und Beistand des Gewerbeinspektors
in Anspruch zu nehmen, seltener geworden sind.“
Andererseits wird beispielsweise bei in Folge a. B.
beobachtete Rückgang der rastenden Arbeiter damit
erklärt, daß Vertreter der Arbeiterorganisationen die
Gewerbeinspektion wiederholt mit einer Sammlung
von Beschwerden, die sich auf eine Mehrzahl von
Fabriken bezog, aufgesucht haben, ferner auch durch
die hier und da mit städtischen Mitteln begründeten
Rechtsauskunftsstellen. Eine ähnliche Erklärung gibt
der Aufsichtsbeamte in Göttingen: „Ueberhaupt bringen
die Arbeiter bei der auf beiden Seiten fortschreitenden
Entwicklung der Berufsorganisation ihre Wünsche
und Beschwerden lieber bei dem Sekretär ihrer Or-
ganisation an, der sich mehr und mehr zu ihrem un-
entbehrlichen Vertrauten entwickelt.“

Diese Argumente sind sicherlich zutreffend. Es
darf aber auch nicht außer acht gelassen werden, daß
viele Arbeiter sich deshalb scheuen, Beschwerden bei
der Gewerbeinspektion vorzubringen, weil sie fürchten
verraten und dann gemahregt werden. Diese Furcht
ist gewiß unbegründet. Es kommen aber doch hin
und wieder Dinge vor, die dieser Furcht neue
Nahrung geben. Ein recht drastisches Beispiel findet
sich in dem Wiesbadener Bericht. Da heißt es:
„Leider nehmen es allerdings manche Arbeitgeber noch
immer übel, wenn ihre Arbeiter sich an die Gewerbe-
inspektion wenden; so wurde z. B. ein Kesselschweißer
einer Porzellanfabrik in Wiesbaden entlassen auf den
hohen Verdacht hin, daß er der Gewerbeinspektion
gewisse Mängel, welche im Kesselhause herrschen, mit-
geteilt habe. Es bedurfte einer schriftlichen Erklärung
des Beamten, daß der Verdacht ganz ungerechtfertigt
sei, und des energischen Eintretens für den Gelehr-
ten, um die Kündigung rückgängig zu machen.“

Es beurteiltenswerth das Verhalten des Arbeit-
gebers in diesem Falle ist, so anerkenntenswerth ist es

auf der anderen Seite bei dem Beamten, daß er sich so energisch des Arbeiters annahm. Damit soll allerdings nicht gesagt werden, daß er mehr als seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Denn wir müssen als selbstverständlich voraussetzen, daß der Beamte auch ebenso entschieden für Arbeiter eintritt, wenn sie wirklich berechtigte Beschwerden bei ihm angebracht haben und dies etwa einem Unternehmer Anlaß zur Maßregelung gibt, wenn er durch irgend einen Zufall den Beschwerdeführer kennen gelernt hat.

Es muß zugegeben werden, daß die meisten Beamten es sich angelegen sein lassen, Vertrauen bei den Arbeitern zu gewinnen, indem sie mit ihren Organisationen in Verbindung treten und dieselbst Vorträge halten, wodurch nicht allein Aufklärung verbreitet, sondern auch durch gegenseitige Ansprache das vielfach noch vorhandene gegenseitige Mißtrauen beseitigt werden kann. Alle Organisationen sind in dieser Beziehung gleichmäßig behandelt worden. In evangelischen und katholischen Arbeitervereinen, in christlichen und sozialdemokratischen Vereinen und nicht zum wenigsten in den Versammlungen unserer Ortsvereine und Ortsverbände sind Beamte der Fabrikinspektion als Vortragende aufgetreten und haben über fadgewerbliche, volkswirtschaftliche und sozialpolitische Fragen gesprochen. Man hat die Empfindung, wenn man die Berichte darüber liest, daß die Beamten im allgemeinen recht befriedigt die Versammlungen der Arbeiter verlassen haben. Einige Ausnahmen bestätigen nur die Regel. So hatte der Gewerbeinspektor in Posen auf Veranlassung des Arbeitersekretärs des evangelischen Volksbureaus belehrende Vorträge über die Arbeiterkassengesetze gehalten, an die sich nachher eine Diskussion anschloß. Diese gewiß sehr lehrreiche Diskussion wurde mangels genügender Teilnahme durch die Arbeiter aufgegeben und auf spätere Zeit verschoben werden. Unangenehme Erfahrungen mußte auch ein Gewerbeinspektor in Erfurt machen. Er folgte einer Einladung der freien Gewerkschaft der Metallarbeiter zu einem Vortragsabend, die Versammlung trug jedoch ein derartig agitatorisches Gepräge, daß er sie verlassen mußte, ohne eine Diskussion über den gehörten Vortrag abzuwarten.

Derartige Laßlosigkeiten sind natürlich tief zu bedauern und tragen jedenfalls nicht dazu bei, den Verkehr zwischen Beamten und Arbeitern günstiger zu gestalten. Erfreulicherweise sind aber derartige Vorkommnisse, die übrigens ein eigenartiges Licht auf den Bildungsgrad der Urheber werfen, recht selten und werden nicht dazu beitragen, demnächst den Beamten von der einmal betretenen Bahn abzubringen.

Es sei übrigens bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Vortragstätigkeit der Beamten sich nicht auf die Versammlungen der Arbeiter beschränkt hat. Der Gewerbeinspektor in Torgau hat auch gelegentlich seiner Fabrikreisreisen die Arbeitsinspektion benutzt, um den in den Episenältern versammelten Arbeitern nach beendeter Wahlzeit aus Anlaß vorgekommener Unfälle kurze Vorträge zur Belehrung über Betriebsgefahren und deren Vermeidung zu halten. Solche Belehrungen, die auch an der Arbeitsstätte selbst, an gefährlichen Maschinen und Apparaten erteilt wurden, pflegen besonders wirksam zu sein und werden in der Regel beifällig von den Arbeitern aufgenommen. An einer Reihe von Orten wurden auch den Gewerksamen und Polizeibeamten belehrende Vorträge über die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung gehalten, wieder an anderen wurden die Lehrer von Fortbildungsschulen mit dazu herangezogen. Jedenfalls zeigen alle diese Tatsachen, daß auf Seiten der Beamten guter Wille vorhanden ist, die Einrichtung der Gewerbeaufsicht belehrt und volkstümlicher zu gestalten. Daß ihnen das nicht in dem wünschenswertesten Maße gelingt, liegt an der Unzulänglichkeit der Institution selbst. Die Forderungen, die unser verstorbenen Anwalt Dr. Max Pirch und unser Kollege Karl Goldschmidt Jahr für Jahr im preussischen Abgeordnetenhause vertreten haben: Vermehrung der Zahl der Beamten und Hinzuziehung von Vertretern aus den Kreisen der Ärzte, der Arbeiter und der Arbeiterinnen, sie müssen in erster Linie bewilligt werden, wenn das Maß des Vertrauens in den Kreisen der Arbeiter Maß greifen soll, das unbedingt erforderlich ist, wenn die Fabrikinspektion ihren Zweck vollständig erfüllen soll.

L. L.

Der Jahresbericht des Vereins der Deutschen Kaufleute.

Der Generalrat unseres Vereins der Deutschen Kaufleute hat seinen Jahresbericht für 1906 herausgegeben. Das interessante Heft umfaßt 52 Seiten. Der Bericht nimmt Stellung zu allen Fragen der Handlungsgehilfenfrage, er orientiert daher sehr gut. Wir möchten deshalb nicht nur alle Verbandsmitglieder auf diesen Bericht aufmerksam machen, sondern auch die Presse und die Parlamentarier. Der Bericht nimmt zuerst Stellung zu der im Verein der Deutschen Kaufleute getroffenen Klärung, daß auch Handlungsgehilfen aufgenommen

werden. Im ersten Halbjahr sind bereits 1500 Gehilfen beigetreten.

Die Handlungsgehilfen sehen immer mehr die Notwendigkeit des Zusammenschlusses ein, sie erkennen aber auch, daß mit der Organisation die Erreichung einer gewissen wirtschaftlichen Unabhängigkeit verbunden sein muß und sie haben verstehen gelernt, daß nicht der Kampf gegen die Frau, sondern der gemeinsame Kampf mit der Frau im Handelsgewerbe eine begründete Aussicht auf Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bringen kann. Unter dieser Voraussetzung haben sich über 4000 neue Mitglieder um unser Banner geschart, und sie haben keinen Anstoß an der gemeinsamen Organisation von männlichen und weiblichen Mitgliedern und den gegenüber anderen sogenannten Handlungsgehilfensverbänden etwas höheren Beiträgen genommen, denen ja auch in unserer Organisation einestills der moralische Erfolg und andernteils die größeren Leistungen auf dem Wege der Selbsthilfe gegenüberstehen.

Unsere Tätigkeit erstreckte sich in der Hauptsache wiederum auf die Förderung der Berufsinteressen der Handlungsgehilfen. Dieser Hauptteil unserer Tätigkeit ist im Berichtsjahre ein großer gewesen; treue Mitarbeiter haben wir gefunden in allen unseren Ortsvereinen, und so ist es uns gelungen, in mancher Stadt, in manchem Kreis Verbesserungen für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Handlungsgehilfen zu erringen, Verbesserungen, die nicht nur den Mitgliedern unseres Vereins, sondern allen Berufsangehörigen zugute kamen.

Die Kaufmannsgerichte sind neben Sonntagsruhe- und Vadenklugereiz das dritte größere Produkt der sozialen Bewegung im Interesse der Handlungsgehilfen und eine Institution, noch so neu und doch schon von so segensreicher Wirkung, daß sie wohl auch noch in künftigen Jahresberichten mit an erster Stelle stehen kann.

Bei den im Laufe des Jahres stattgefundenen Neu- oder Ersatzwahlen der Kaufmannsgerichtsbeisitzer sind Mitglieder unseres Vereins gewählt worden in Allenstein, Görlitz, Gumboldtberg, Jülich, Kammelsburg usw.

Trotz der Errichtung der Kaufmannsgerichte hat sich die Tätigkeit unserer Rechtschutzabteilung enorm vergrößert. Namentlich der Mangel einer Auskunftsstelle am Kaufmannsgericht Berlin und anderen hat die Erteilung von Auskünften notwendig gemacht, die im letzten Jahre in 1142 Fällen (mündlich 729, schriftlich 413) gegeben wurden. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze betrug 2369, darunter befanden sich 205 Untwürfe zu Klagen vor Kaufmannsgerichten und 144 Klageerwidlungen. Außerdem wurden durch gütliche Vermittlung eine große Anzahl Rechtsstreitigkeiten erledigt und dadurch allein die Auszahlung von 7514,55 Mk. Gehaltsforderungen erwirkt.

In Berlin hatten unsere Ortsvereine die Führung in der Sonntagsruhebewegung; bereits im Vorjahre war zu verzeichnen, daß nach dem vorgeschlagenen Ortsstatut die Sonntagsarbeit für Engros-, Versicherungs-, Bank- und Speditionsgeschäfte auf zwei Stunden beschränkt wurde; leider stand aber die Genehmigung noch aus und erst auf unsere wiederholten Eingaben an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg hat dieser Anfang des Jahres die Genehmigung ausgesprochen. In Estlin ist infolge der Tätigkeit unserer Ortsvereine die Sonntagsarbeit auf 2 1/4 Stunden beschränkt; in München hat unser Verein für vollständige Sonntagsruhe gekämpft; Ludwigsb., Danzig, Barmen, Landsberg u. a. waren in gemeinsamen Ausschüssen für Beschränkung der Sonntagsarbeit tätig und haben Erfolge erzielt. Erfreuliche Fortschritte hat die 8-Uhr-Laden-schlussbewegung zu verzeichnen, wovon gleich auch in manchen Orten die Einführung auf großen Widerstand trifft. Charakteristisch für diese Frage ist der Umstand, daß in einer großen Anzahl von Städten die Prinzipalvereine selbst die eifrigsten Förderer des 8-Uhr-Ladenschlusses sind, während in anderen Orten die selbständigen Kaufleute als heftigste Gegner auftreten und sich vor Beschimpfungen der für den 8-Uhr-Ladenschluss eintretenden Personen nicht scheuen (Allenstein). Auch wir haben im Berichtsjahre in jeder Weise versucht, die Bewegung im Frus zu erhalten und haben erfreuliche Erfolge erzielt. In manchen Orten ist die Bewegung ganz still mit Erfolg verlaufen, an anderen Orten wurde heftig gekämpft, ohne einen Erfolg zu erzielen, so in Berlin; fast ebenso heftig, jedoch mit Erfolg begleitet war die durch unseren Ortsverein eingeleitete Bewegung in Gießen; ferner waren unsere Ortsvereine in Karlsruhe, Kaiserslautern, Rostock, Landau, Landsberg, Niederschönenbrunn, Barmen, Hanau, Spandau, Gerswalde, Vissa, Rünchens-Glabach, Deutsch-Krone, Alström, Nehe usw. an der 8-Uhr-Ladenschlussbewegung beteiligt und unter ihrer Mitarbeit ist teils Brandenburg, teils vollständer 8-Uhr-Ladenschluss herbeigeführt worden.

In unserem Arbeitsprogramm haben wir im Berichtsjahre auch die Forderung, Schaffung einer Aufsichtsbehörde für das Handelsgewerbe gemäß § 139 b der Gewerbeordnung (Anstellung von Handelsinspektoren) weiter verfolgt und, wie seit

einer Reihe von Jahren, zu fördern gesucht. Leider hat sich die Regierung dieser Forderung der Handlungsgehilfen gegenüber immer noch ablehnend verhalten mit der Begründung, daß endlich einmal ein Stand lernen müsse, sich selbst seiner Haut zu wehren. Trotzdem hat die Petitionskommission des Reichstages unterm 16. Mai und 28. November 1906 beschlossen, erneut eingelaufene Petitionen dem Reichskanzler zu überweisen.

Die Regelung der Arbeitszeit der Kantorangestellten ist über die angeführten Erhebungen und die Ende des vorigen Berichtsjahres veröffentlichten Vorschläge des Beirates für Arbeiterstatistik nicht hinausgekommen. Unter dem 20. März überreichten wir dem Bundesrat eine Petition, der Resolutionen von über 200 Ortsvereinen beigefügt waren und in der wir unsere Forderungen festgelegt hatten. Neuerdings haben wir unter dem 4. Dezember dem Reichstag und Bundesrat eine ausführlich begründete Eingabe unterbreitet.

Die Notwendigkeit der Errichtung obligatorischer kaufmännischer Fortbildungsschulen hatten wir im vorigen Berichtsjahre mit dem Hinweis darauf begründet, daß unzählige Prinzipale glauben, Lehrlinge auszubilden zu können, auch wenn ihnen selbst jegliche Kenntnis der einfachsten Handelswissenschaften abgibt.

Eine große Zahl unserer Ortsvereine ist auf neue an die Städteverwaltungen mit entsprechenden Eingaben herantreten, u. a. in Posen, Landau, Schwerin (hier vertreten die Stadtväter die Anschauung, daß dies Sache der Landesgesetzgebung sei), Bamberg, Ratibor, Osterode, Gerswalde, Gnesen, Erfurt, Worms, Gattbus. Wenn auch nicht überall ein Erfolg erzielt wurde, so haben wir doch dazu beigetragen, daß die Frage in den Stadtverordnetenversammlungen und überhaupt in der Öffentlichkeit behandelt wurde.

Die Verhältnisse der Lehrlinge im Handelsgewerbe haben sich wenig geändert. Es ist bis jetzt nicht gelungen, die strikte Durchführung des § 128 der Gewerbeordnung durchzusetzen, im Gegenteil blüht die Vehringsglückerei immer mehr, wie selbst seitens einiger Handelskammern anerkannt wird. Leider waren andererseits die Handelskammern wieder Gegner jeglichen Fortschrittes. Als der preussische Minister für Handel und Gewerbe in dem Erlass vom 2. Juni die Regierungspräsidenten aufgefordert hatte, die Austauschschüsse der Kaufmannsgerichte über die Vehringsverhältnisse zu hören, glaubten sich die Handelskammern zurückgesetzt und protestierten gegen diesen Erlass, indem sie für sich allein das Recht in Anspruch nahmen, als Gutachter gehört zu werden.

Die zum größten Teil gegen die von den Handlungsgehilfen erhobenen Forderungen gerichteten Entschärfungen der Handelskammern erfordern aber immer dringender das Bedürfnis nach einer Entschärfung der Gesetze durch ähnliche Einrichtungen, die Kaufmannskammern oder kaufmännischen Sektionen der Arbeitskammern.

An den Bestrebungen zur Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangehörigen haben wir teilgenommen durch unsere korporative Mitgliedschaft in dem dafür gebildeten Hauptausschuß.

Weiterhin beschäftigten wir uns im Laufe des Berichtsjahres in Wort und Schrift mit der Befreiung der Konturrenzkaufleute; eine größere Anzahl unserer Ortsvereine erließ Rundschreiben betreffend Sommerurlaub.

Unser Vereinsorgan, die „Kaufmännische Rundschau“, hat der wachsenden Bedeutung des Vereins entsprechend eine größere Aufmerksamkeit erhalten; der Raum für den früheren Versammlungs-Kalender wird nur noch viermal im Jahre beansprucht und kann in der Zwischenzeit für wichtigere Nachrichten benutzt werden; die Auflage hat sich von 16 600 auf 19 500 vermehrt.

Unsere Stellenvermittlung hat auch in diesem Berichtsjahre mit dazu beigetragen, die Vermittlungen des Einzelnen zur Erlangung einer Stellung zu unterstützen. Gern haben sich die Prinzipale unserer Vermittlung bedient, denn die Zahl der bei uns direkt angemeldeten und bearbeiteten Vakanten ist von 4148 im Jahre 1905 auf 6635 im Jahre 1906 gestiegen. Von diesen sind durch unsere Vermittlung besetzt worden 928.

Wenn trotz aller Bemühungen und trotzdem keine Mittel gesetzt wurden, nicht alle stellenlosen Mitglieder sofort Unterkunft fanden, so geht daraus hervor, daß das Angebot an Arbeitsstellen immer noch größer als die Nachfrage ist, wenn auch im Berichtsjahre eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen sichtbar geworden war. Aus diesem Grunde waren auch noch 399 Mitglieder genötigt die Stellenlosenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Wie seit dem Herben dieser Einrichtung, so haben wir auch in diesem Jahre gern die hierzu verfügbaren Fonds benutzt und konnten 20 273,40 Mk. zur Auszahlung bringen.

Das Vermögen des Unterstützungsfonds ist von 56 090,75 Mk. auf 67 120,95 Mk. gestiegen. Die im Laufe des Jahres erschienene Deutschschrift des Kaiser-

Ich
berst
Bere
leiste
betra
Arbe
jähre
fond
wenn
Abre
mden
aube
gewe
fond
valli
92 10
Begr
im E
stänu
Kuss
am 3
in 17
überge
Kolle
Kaufe
neue
daß u
Dreiß
betragt
Dreiß
stellen
D
das G
war d
Inter
Arbeits
uns be
zu den
die same
zu erzie
und er
verloht
schäftig
noch m
An
Delegier
breitung
genommen
Rheinisch
Deutsch
keit des
Führung
weiterden
In An
unserer
Zat um
bandst
in der
wird, un
verwirk
lich, so
glieder
bewegung
Verhältn
airtes zu
Er
füllige
Berle n
bat der
18 Jahre
hat auf
— die h
und noch
auf seine
Wirtsch
Berbot
18 Jahre
langte.
Mit
ist nicht
auch die
Arbeitsstr
selbst die
wenn er
Runde un
weiter a
werden.
treffen u
sollen dur
wieder be